

Gedanken zur Bergpredigt und zum TTIP-Volksbegehren

„**Selig, die hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit**“ heißt es im [Sonntags-Evangelium](#) am 29. Jänner. Für Diakon Fritz Krull (KAB) hat das ganz konkrete Auswirkungen, wie er zum aktuellen Volksbegehren zu den Freihandelsabkommen steht.

Soll sich die Kirche in die Politik einmischen?

Nicht jeder Bürger ist Christ, nicht jede Bürgerin eine Christin, aber jeder Christ ist Bürger und jede Christin ist Bürgerin eines Staates und so mitverantwortlich – schon aus eigenem Interesse – am Zusammenleben im eigenen Land, aber auch über die eigenen Grenzen hinaus.

Die Kirche hat immer wieder Stellung zu aktuellen gesellschaftspolitischen Situationen gegeben. Nicht im Sinne einer Partei, sondern als eine der vielen Gesellschaftsgruppen, die Menschenrechtsverletzungen verurteilen und sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen.

Auch Jesus hat Politik gemacht, indem er Behinderte integriert, Ausgestoßene resozialisiert und zu arbeitsrechtlichen und steuerlichen Fragen Stellung bezogen hat.

In den [Seligpreisungen](#), dem Herzstück des heutigen Evangeliums, der Bergpredigt, wird von Gerechtigkeit gesprochen. Was heißt aber Gerechtigkeit, vor allem, wie werde ich all meinen Dingen im Leben gerecht?

Was ungerecht ist, wissen wir alle.

Jede und jeder von uns hat Erfahrungen mit Ungerechtigkeit.

Jede und jeder wurde schon ungerecht behandelt: von Eltern, von Lehrern, von Vorgesetzten, vom Ehepartner, ... und wir haben auch schon alle selbst andere Menschen ungerecht behandelt.

Wenn wir in Fernsehnachrichten Bilder von hungernden Menschen in Afrika sehen, finden wir die Welt nicht gerecht. Bilder von Krieg und Zerstörung und frierenden Flüchtlingen wecken unsere Hilfsbereitschaft. Bei Debatten über Managergehälter und Mindestlohn, über Steueroasen von Großkonzernen und hohen Lohnnebenkosten regt sich ganz schnell unser Gerechtigkeitsgefühl.

Was ungerecht ist, wissen wir.

Aber wissen wir auch, was gerecht ist?

Wir können uns nur bemühen, Ungerechtigkeit aufzuzeigen und mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln etwas dagegen tun. Wir sollten dabei aber nicht vergessen: nur jammern und beschweren hilft niemandem – nicht mir und nicht dem, der Ungerechtigkeit erfährt.

Die Freihandelsabkommen, die die EU zurzeit verhandelt, sind auch ein Beispiel.

Die Vorteile, die diese Freihandelsabkommen (CETA, TTIP und TISA) mit sich bringen sollen und von den Befürwortern hoch gepriesen werden, laufen Gefahr, durch Lohndumping, Paralleljustiz und Umweltzerstörung die Entwicklungsländer noch mehr auszugrenzen und damit eine noch größere Entsolidarisierung der Weltwirtschaft zu bewirken.

Durch diese Art der Abkommen verlieren wieder die Schwachen (z.B. die Länder des globalen Südens, die regionalen Betriebe, die Bauern die sich um ökologische Landwirtschaft bemühen, die Arbeitnehmer, die Umwelt, ...).

Wir können die Welt und die Politik der EU nicht sofort verändern, aber je mehr Menschen sich wehren und friedlich protestieren, desto eher werden wir – auch als „kleine Bürgerinnen und Bürger“ - gehört. Die EU ist ein Friedensprojekt und sollte im Wesentlichen für das Wohl aller ihrer Mitglieder sorgen. Wir können und sollen als EU-Bürger mitreden und uns verantwortlich fühlen für wesentliche Entscheidungen.

Auch Papst Franziskus äußert sich immer wieder kritisch gegenüber den derzeitigen Wirtschaftssystemen: Wirtschaft hat zum Wohl aller beizutragen und darf nicht ausgrenzen.

Hungern und dürsten nach Gerechtigkeit bedeutet für alle - die das Evangelium ernst nehmen - den Auftrag, sich für Gerechtigkeit einzusetzen und darüber zu reden. Vor allem andere anstecken, etwas tun, nicht untätig bleiben, sich informieren und die gegebenen Möglichkeiten der Beteiligung nutzen.

Obwohl es eher still geworden ist um die transatlantischen Freihandelsabkommen (vielleicht auch dadurch, weil der neugewählte Präsident der Vereinigten Staaten ganz andere Pläne im Kopf hat, als die Regierung zuvor) sind all jene eingeladen, die sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen und nicht „nur zuschauen“ wollen, das Volksbegehren gegen die Freihandelsabkommen (TTIP, CETA und TISA) in den Bezirksämtern, den Stadt-, Markt- und Gemeindeämtern zu unterschreiben (bis 30. Jänner läuft die Eintragsfrist).

Diakon Fritz Krull
Geistlicher Assistent der Kath. ArbeitnehmerInnenbewegung Österreich

Sonntags-Evangelium am 29. Jänner 2017:

http://www.erzabtei-beuron.de/schott/schott_anz/index.html?datum=2017-01-29